

Stellungnahme zum Bundeshaushalt 2016

September 2015

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Inhaltliche Schwerpunkte bei der **bilateralen Zusammenarbeit** sollten aus Sicht von VENRO sein:

- die **Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft**, die auch im Zentrum der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ stehen sollte. Ländliche Entwicklung muss sich an der Nachfrage regionaler Märkte orientieren und Ernährungssicherheit vor allem für schwache und marginalisierte Bevölkerungsgruppen, sowie Einkommen für die lokale Bevölkerung schaffen.
- die **Stärkung von Bildungssystemen**, die allen Kindern gleichermaßen den Zugang zu qualitativ hochwertiger und öffentlich finanzierter Bildung ermöglicht **sowie die Stärkung von Gesundheitssystemen**, die an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet sind, um den Zugang zu Präventions- und Behandlungsmaßnahmen zu verbessern.
- die Unterstützung für die Menschen in **Krisen- und Konflikt-, sowie Transit- und Ankunftsländern**. Hierbei ist in den Herkunftsländern eine enge Verzahnung von humanitären Maßnahmen mit Maßnahmen der längerfristigen Stabilisierung von Nöten.
- die Unterstützung für Maßnahmen zur **Anpassung an den Klimawandel** zu verstärken, insbesondere in den Bereichen Ernährungssicherheit, Wasserversorgung und Risikominderung und -vorsorge.
- die Bereitstellung ausreichender Mittel zur **Umsetzung des zukünftigen Gender-Aktionsplans** des BMZ. Zudem sollte für Vorhaben mit GG2-Kennung die monetäre Zielgröße (prozentualer Mindestanteil an bilateralen Projektmitteln) wieder eingeführt und mit mindestens 120 Mio. Euro belegt werden.

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Deutschland sollte die Unterstützung erfolgreich arbeitender **multilateraler und internationaler Organisationen** weiter ausbauen, da diese effektive und effiziente Beiträge zur Bewältigung globaler Herausforderungen leisten. VENRO fordert:

- die Mittel für den **Globalen Fonds auf mindestens 400 Mio. Euro** aufzustocken. Dieser Beitrag im Verhältnis zur Wirtschaftskraft Deutschlands, im Vergleich zum Beitrag anderer Geber und angesichts Rolle, die dem Globalen Fonds im Koalitionsvertrag zugeschrieben wird, nicht nur notwendig, sondern auch realisierbar.
- Die Mittel für die **Global Partnership for Education (GPE)** kurzfristig um 10 Mio. auf 17 Millionen Euro und mittelfristig auf 100 Mio. zu erhöhen, da dies der einzige Fund ist, der arme Länder bei der Bereitstellung von Grundbildung finanziell unterstützt. Die GPE ist somit ein

STELLUNGNAHME

wesentliches Instrument, um die Finanzierungslücke von 39 Mrd. USD jährlich zu schließen, um das neue Bildungs-SDG erreichen zu können.

- Die Mittel für die Internationale Familienplanungsförderung (**IPPF**) auf mindestens acht Millionen Euro zu erhöhen, um sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte neben der bilateralen Zusammenarbeit und der Kooperation mit UNFPA auch durch zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern.
- die Mittel für **UN Women** weiter kontinuierlich anwachsen zu lassen. Das gleich gilt auch für die Mittel für **UNFPA** und **UNICEF**.
- eine deutliche Erhöhung beim Barmittelansatz der **entwicklungswichtigen multilateralen Hilfen zum weltweiten Umweltschutz**, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz in Höhe von plus 75 Mio. Euro, für eine Einzahlung über 25 Mio. Euro in den Least Developed Countries Fund (Finanzierung der dringendsten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in den LDCs) sowie eine Einzahlung in den Adaptation Fund des Kyoto-Protokolls über 50 Mio. Euro. Außerdem sollte eine Verpflichtungsermächtigung (VE) über 100 Mio. Euro dargestellt werden, mit der die Bundesregierung für die Jahre bis 2020 eine mehrjährige Zusage an den Adaption Fund leisten– und dies auf der kommenden UN-Klimakonferenz in Paris bereits in Aussicht stellen könnte.

FÖRDERUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen stellt eine wichtige Ergänzung zur bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit dar. Um diese weiter zu stärken, fordert VENRO:

Titel im EP23	Soll 2016 in 1.000-Euro, Kabinettsentwurf	Soll 2015 in 1.000-Euro	VENRO Forderung für 2016 in 1.000-Euro
896 31-023 Sonderinitiative EineWelt ohne Hunger	220.000	95.000	Beteiligung der privaten Träger mit 50.000 an diesem Titel.
896 32-023 Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren	110.000	70.000	Beteiligung der privaten Träger mit 25.000 an diesem Titel.
896 33-023 Sonderinitiative Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost	70.000	35.000	Beteiligung der privaten Träger mit 25.000 an diesem Titel.
687 06-023 Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur	220.000	139.000	300.000, Beteiligung der NRO mit mindestens 100 Mio. Euro an diesem Titel.
687 76-023 Förderung entwicklungswichtiger	86.000	67.000	100.000

STELLUNGNAHME

Vorhaben privater deutscher Träger			
684 71-023 Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	35.000	25.000	100.000, Beteiligung der NRO mit mindestens 60.000 Euro an diesem Titel
687 72-023 Ziviler Friedensdienst	42.000	39.000	45.000

- eine verstärkte Beteiligung der **NRO an den Mitteln der Sonderinitiativen, insbesondere auch an der Sonderinitiative zur Fluchtursachenbekämpfung**. Laut Angaben des Referats Private Träger haben im letzten Förderzyklus allein die Privaten Träger Projektvorhaben mit einem Mittelvolumen von insgesamt 290 Mio. Euro zur Umsetzung der Sonderinitiativen eingereicht. Davon wurden Projektmittel in Höhe von lediglich 25 Mio. Euro bewilligt (SEWOH: 18,7 Mio., SI Fluchtursachen bekämpfen: 5 Mio., SI MENA: 1 Mio. Euro). Dies macht deutlich, dass die Privaten Träger viel Potential und ein großes Interesse haben, sich weitaus stärker an der Umsetzung der Sonderinitiativen zu beteiligen, als es ihnen bisher ermöglicht wird. Die NRO können zu den vom BMZ gesetzten Schwerpunkten (insbes. ländliche Entwicklung und Fluchtursachenbekämpfung) einen wichtigen Beitrag leisten.
- eine Aufstockung des Titels **„Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur (jetzt ÜH, vormals ESÜH) auf 300 Mio. Euro**. Der Bedarf für strukturbildende Übergangshilfe ist weiterhin hoch und die Mittel sollten aus unserer Sicht deutlich gesteigert werden. VENRO begrüßt daher die Aufstockung in diesem Titel. Bislang wurden die Mittel zu jeweils einem Drittel an giz/UN/NRO verteilt. Diese Aufteilung sollte erhalten bleiben. VENRO fordert mittelfristig eine stabile, planbare und transparente Mittelausstattung des Titels, sodass mindestens 100 Mio. Euro pro Jahr aus dem ÜH-Titel für NRO zur Verfügung gestellt werden können.
- eine **Aufstockung des Titels Private Träger auf 100 Mio. Euro**. Dass für die Privaten Träger lediglich ein Aufwuchs in Höhe 19 Mio. Euro veranschlagt worden ist, wird der Tatsache, dass aus diesem Titel fast 200 Organisationen Mittel erhalten, nicht gerecht. Die oben genannten Zahlen bezüglich der Projektanträge bei den Sonderinitiativen zeigen, dass die Privaten Träger weitaus mehr Mittel sinnvoll einsetzen könnten. Ein Großteil des Aufwuchses wird im kommenden Jahr dazu verwendet werden müssen, die aktuellen Wechselkursschwankungen bei den laufenden Projekten und die so entstehenden Projektmehrkosten von bis zu 20 Prozent auszugleichen. Darüber hinaus steigen die Projektkosten durch die ansteigenden Verwaltungskostenpauschalen, eine Entwicklung, die wir sehr begrüßen. Wechselkursschwankungen und Verwaltungskostenanstieg führen aber dazu – wenn es bei dem angekündigten Aufwuchs von lediglich 19 Mio. Euro bleibt –, dass trotz steigender Mittel nicht mehr Projekte aus dem Titel gefördert würden.
- eine **Aufstockung des Titels Entwicklungspolitische Bildung auf 100 Mio. Euro**. Inlandsarbeit ist traditionell ein wichtiges Feld der NRO (insbesondere der kleineren NRO) in Deutschland. Die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung wird auch von Deutschland eine

STELLUNGNAHME

verbesserte Nachhaltigkeitspolitik erfordern, ein Klimaschutzabkommen wird nur Wirkung entfalten, wenn Klimaschutz auch weiter vom gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Bei der Diskussion von gesamtentwicklungspolitischen Fragen und in Anbetracht der derzeitigen Situation auch die Diskussion über Flüchtlinge und Fluchtursachen sollte die Regierung viel stärker auf die Bildungsarbeit der NRO setzen, um eine informierte und offene Gesellschaft zu fördern. Deshalb sollte auch sichergestellt werden, dass die NRO von den geplanten Mittelerhöhung in dem Titel profitieren und nicht allein die staatlichen Bildungsprogramme. Der Bildungstitel ist traditionell der Titel, in dem viele Anträge nicht oder nicht entsprechend der Antragssumme bewilligt werden können, da nicht genügend Mittel da sind.

- eine **Aufstockung des Titels Ziviler Friedensdienst auf 45 Mio. Euro**. Zunehmende Konflikte um Ressourcen, die Folgen des Klimawandels und fragile Staaten machen die Stärkung der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung zu einer der zentralen Herausforderungen für die deutsche Entwicklungs- und Friedenspolitik. Der Ausbau des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ist ein wichtiger Schritt, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Aktuell sind pro Land durchschnittlich nur sieben Friedensfachkräfte mit einem jährlichen Budget in Höhe von jeweils nur 500.000 bis 1 Mio. Euro im Einsatz. Das Antragsvolumen der Träger lag in den letzten Jahren konstant 20 bis 30 Mio. Euro über den verfügbaren Mitteln.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Stresemannstr. 72

10963 Berlin

Tel.: 030 2639299-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Berlin, 23.09.2016

Redaktion:

Katrin Erlingsen, Thilo Hoppe, Julia Schilling,
Jana Rosenboom, Heike Spielmans, Bernd
Bornhorst